

ROTER BRIEF



IHRE LANDTAGSABGEORDNETEN HANNA NABER UND ULF PRANGE

SEITE 2

BEGRÜSSUNG

POLITISCHE LISTE 2026

SEITE 3

PLENUM

NOVEMBER PLENUM
REDE ULF ZUM
HOCHSCHULEIGENEN
ORDNUNGSRECHT

SEITE 4

VOR ORT

VORLESETAG
STRASSENSAMMLUNG
ERINNERUNGSZEICHEN

SEITE 5-6

VOR ORT

MITGLIEDEREHRUNG
OLDENBURGER ABEND
30 JAHRE THEATER
LABORATORIUM
25 JAHRE HORST-JANSSEN
MUSEUM

BEGRÜSSUNG / PLENUM

Moin!

In den letzten Tagen und Wochen haben viele Pendlerinnen und Pendlern die massiven Auswirkungen der Beschädigung der Huntebrücke zu spüren bekommen. Die Züge sind überfüllt, Fahrgäste mussten teilweise an Bahnhöfen zurückbleiben, und Oldenburg ist vom Fernverkehr abgeschnitten.

Ulf Prange und Hanna Naber appellieren daher in einem gemeinsamen Schreiben mit den SPD-Abgeordneten der Region Weser-Ems, die Deutsche Bahn, die Bundesregierung und die Landesregierung, dringend zu handeln.

In dem Schreiben fordern sie die umgehende Bereitstellung der Bundesmittel für den dreispurigen Neubau der Brücke, den sofortigen Einstieg in das Planungsverfahren der Deutschen Bahn sowie die Einstufung als besonders dringliches Projekt. Dies soll ermöglichen, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Finanzierung mit höchster Priorität sicherzustellen. Darüber hinaus fordern die Abgeordneten ein verlässliches

Ersatzverkehrskonzept, damit die ausfallenden Zugverbindungen abgedeckt werden, insbesondere durch den Einsatz zusätzlicher oder längerer Regionalzüge, sowie durch einen eng getakteten Schienenersatzverkehr. Die gesamte Region – Wirtschaft, Pendlerinnen und Pendler, Studierende und der Tourismus – ist dringend auf ein leistungsfähiges, stabiles und zukunftssicheres Verkehrssystem angewiesen.

Die regierungstragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben am 11. November die Politische Liste, mit einem Umfang von 93,5 Millionen Euro, für den Haushalt 2026 vorgestellt. Gefördert werden Projekte für gesellschaftlichen Zusammenhalt, ehrenamtliches Engagement, Demokratie, Kultur, Klimaschutz und Mobilität. Das Ziel: ein zukunftsfestes Niedersachsen. Mehr dazu finden sie weiter unten.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Politische Liste der Regierungsfractionen für den Haushalt 2026 beschlossen

Nach gemeinsamen Beratungen haben die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 11. November 2025 ihre Schwerpunkte für den Haushalt 2026 vorgestellt. 93,5 Millionen Euro fließen in Projekte für gesellschaftlichen Zusammenhalt, ehrenamtliches Engagement, Demokratie, Kultur, Klimaschutz und Mobilität. Damit zeigen SPD und Grüne: Niedersachsen kann Zukunft. Wichtige Schwerpunkte setzen die regierungstragenden Fraktionen bei Sanierung und Ausbau von Sportstätten im ganzen Land (15 Millionen Euro) sowie bei der Unterstützung der Aufgabenträger des Öffentlichen Personennahverkehrs mit 10 Millionen Euro. Zudem unterstützen die Fraktionen die Studierenden: Mit 5 Millionen Euro soll ein bezahlbares und nahrhaftes „Niedersachsen-Menü“ für 2,50 Euro in den Mensen der Hochschulen möglich werden.

Die Regierungsfractionen stärken auch die Sicherheit und Justiz. Beschäftigte in bestimmten Besoldungsgruppen des Justizvollzugs erhalten höhere Bezüge, für den Neubau des Schwurgerichtssaals in Oldenburg stehen zudem drei Millionen Euro bereit. Der Neubau des Gerichtssaals wird viele Kapazitätsengpässe beseitigen. Gegenwärtig sind für größere Prozesse häufig externe Räumlichkeiten erforderlich, was Zeit- und Kostenaufwand erhöht.

Für Prävention, Opferhilfe, Täter-Opfer-Ausgleich und Ausstiegsprojekte sind etwa 1,5 Millionen Euro vorgesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Bildung, Kultur und demokratischer Teilhabe. Die Regierungsfractionen in-

vestieren in Projekte, die Bildung, kulturelle Vielfalt und demokratische Werte stärken – von Demokratiebildung an Schulen über Erwachsenenbildung bis hin zu Mensa-Angeboten an Hochschulen. Auch die Landeszentrale für politische Bildung erhält erneut Mittel zur Erweiterung ihres Angebots.

Darüber hinaus werden Demokratie- und Menschenrechtsprogramme fortgeführt und mit 850.000 Euro unterstützt – darunter der Landesaktionsplan Antirassismus, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und Projekte gegen Antiziganismus.

Die größten Einzelinvestitionen der Liste fließen in die Bereiche Sport, Ehrenamt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit 15 Millionen Euro wird die erfolgreiche Sportstättenförderung des vergangenen Jahres fortgesetzt. Hinzu kommen umfangreiche Mittel für Feuerwehren und Wasserrettung.

Auch für die Modernisierung von Infrastruktur und Verwaltung sind Mittel vorgesehen. Die Landesstraßenmeistereien erhalten 2 Millionen Euro für die Anschaffung moderner Arbeitsgeräte. Für den Außendienst der Finanzämter werden Smartphones angeschafft, außerdem fließen Mittel in eine zentrale Unterstützung der Nachwuchswerbung für die Steuerverwaltung. Neue Tools für Bewerbung und Online-Einspruch sollen das Leben von (potenziellen) Landesbediensteten einfacher machen. Für die Förderung der Tourismusregionen stehen 2 Millionen Euro bereit.

Die vollständige politische Liste finden Sie [hier](#).

PLENUM

Oktober-Plenum im Landtag

Im November-Plenarabschnitt standen zahlreiche abschließende Beratungen, sowie einige unserer Gesetzentwürfe zur ersten Beratung auf der Tagesordnung. Hier einige Schlaglichter:

Gesetz zur Ausbildung von Jurist*innen

Um kontinuierlich ausreichend qualifizierten Nachwuchs für die reglementierten juristischen Berufe auszubilden, müssen sowohl das juristische Studium als auch der juristische Vorbereitungsdienst in Niedersachsen höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Zugleich müssen die juristischen Prüfungen zu aussagekräftigen und gerechten Ergebnissen führen. Für den Arbeitsmarkt und zum Schutz der rechtsuchenden Bevölkerung ist es unerlässlich, dass die Prüfungsergebnisse die fachliche Leistung der Kandidat*innen verlässlich abbilden. Nachdem das Gesetz seit seinem Erlass im Jahr 2003 nur punktuell geändert wurde, ist es nun

an der Zeit, die Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften zu aktualisieren und an entscheidenden Stellen zu verbessern.

Erbbaupacht:

Das Erbbaurecht ist ein Weg, um u.a. bezahlbaren Wohnraum zu fördern und Auswirkungen von explodierenden Bodenrichtwerten einzudämmen. Wir machen uns dafür stark, dass dies auch so bleibt und fordern deshalb Maßnahmen, damit zukünftige Erneuerungen der Erbbaupachtverträge und -zinsen nicht finanzielle Mehrbelastungen bedeuten müssen. Unter anderem setzen wir uns konkret für einen moderaten und sozial verträglichen Zinssatz und ein Gremium ein, das zukünftig für das Gebot der angemessenen Vertragsgestaltung Sorge trägt.

Bildungsurlaubsgesetz

Die Erwachsenenbildung ist grundlegender Baustein gelingender Transformationsprozesse, steigert

Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten und trägt wesentlich zur persönlichen Weiterentwicklung bei. Angesichts einer sich stetig wandelnden Welt ist lebenslanges Lernen eine zentrale Kompetenz. Daraus folgt, dass Angebote gestärkt und Zugänge erleichtert werden müssen.

Kindgerechte Justiz

Kinderschutz steht in Niedersachsen an erster Stelle – auch im Bereich der Justiz! Aber wir wollen die Maßnahmen noch verbessern, denn Kinder und Jugendliche, die mit der Justiz in Berührung kommen, befinden sich häufig in einer belastenden Situation. Deshalb setzten wir uns unter anderem für eine spezielle Koordinierungsstelle im Justizministerium und die Prüfung ein, wie man Niedersächsische Gerichte durch kindgerechte Raumgestaltung weiter verbessern kann.

Weitere Anträge und Informationen finden Sie [hier](#).

Auszug aus der Rede von Ulf Prange zum Antrag der CDU-Fraktion - Thema: Hochschul-eigenes Ordnungsrecht

Wir müssen feststellen, dass wir in Deutschland eine alarmierende und bedrückende Entwicklung erleben. Seit einigen Jahren verzeichnen wir einen erheblichen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich diese Entwicklung noch einmal dramatisch verstärkt - im digitalen Raum, aber auch in der realen Welt. Aus zahlreichen Gesprächen mit jüdischen Verbänden wissen wir um die Situation auch an den Hochschulen. Das ist schlichtweg nicht hinnehmbar, und es ist beschämend für uns alle.

Ich bin unserer Justizministerin, Frau Dr. Wahlmann sehr dankbar, dass sie dafür gesorgt hat, dass die Antisemitismusdefinition der IHRA zentraler Bestandteil des Regierungshandelns hier in Niedersachsen ist.

Ein wichtiger Schritt war zum anderen die klare Anweisung an die Staatsanwaltschaften, Verfahren wegen Straftaten mit antisemitischem Hintergrund nicht mehr aus Opportunitätsgründen einzustellen.

Mit dem Haushalt 2026 investieren wir in die Förderung des Recherchenetzwerks RIAS und des Landes-Demokratiezentrums.

Rot-Grün hat auch einen Antrag zur Bekämpfung von Antisemitismus an Hochschulen auf den Weg gebracht, der zwei Dinge fordert: Prävention und eine Änderung des Ordnungsrechts.

Was die Prävention angeht, haben wir es geschafft, über die politische Liste des Haushalts 2025 eine Beratungsstelle bei der Landeszentrale für politische Bildung einzurichten. Diese wichtige Struktur wird mit dem Haushalt 2026 verstärkt.

An die Adresse der CDU: Ihr Gesetzentwurf ist handwerklich nicht gut. Wir brauchen eine Regelung die hält. Das ist jedenfalls unser Anspruch. Nichts wäre schlimmer, als den Hochschulen eine Regelung an die Hand zu geben, die nicht rechtssicher ist. Wenn es Zeit in Anspruch nimmt, zu einer guten Regelung zu kommen, halte ich das für hinnehmbar.

Antisemitismus darf in diesem Land keinen Raum haben. Dafür stehen wir als Sozialdemokratie, dafür stehen wir als Regierungskoalition.

Die vollständige Rede finden Sie [hier](#) unter TOP 5.

VOR ORT

Ulf Prange beim bundesweiten Vorlesetag

Ulf Prange beteiligte sich auch in diesem Jahr wieder am bundesweiten Vorlesetag. Vor mehreren Klassen der Grundschule Bloherfelde und der Hermann-Ehlers-Grundschule las er unter anderem aus dem Buch „Das Parlament der Tiere“ vor. Die Kinder hörten begeistert zu und stellten viele Fragen.

Für Ulf Prange war der Besuch der Grundschule Bloherfelde ein besonderer Moment: Als ehemaliger Schüler kehrte er an seine alte Schule zurück und erlebte die vertraute Umgebung aus der Perspektive der heutigen Generation.

„Es macht mir großen Spaß, den Kindern vorzulesen und zu sehen, wie sie mitfiebern, mitlachen und neugierig nachfragen“, sagt Prange. „Lesefreude zu wecken ist mir ein wichtiges Anliegen – deshalb nehme ich seit vielen Jahren am Vorlesetag teil.“

Neben dem Vorlesen nutzte Prange die Gelegenheit, sich mit den Schulleitungen auszutauschen und Einblicke in aktuelle Themen und Herausforderungen des Schulalltags zu gewinnen.



Bild: Matthias Probst

Straßensammlung und zentrale Gedenkfeier zum Volkstrauertag



Bild: Sascha Stüber

Traditionell fand am Vortag des Volkstrauertages – am 15.11. – die Straßensammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Oldenburg statt. Auf Einladung der Ersten Stadträtin und Kreisvorsitzenden Frau Dr. Jullia Figura sammelten auch Hanna Naber und Ulf Prange in der Fußgängerzone der Oldenburger Innenstadt engagiert für den Volksbund. Mit einer Gesamtsumme von über 900 Euro wurde ein neuer Rekord erreicht. „Kriegsgräber sind wichtige Gedenk- und Erinnerungsorte, sie mahnen uns an unsere historische Verantwortung“, sagen Prange und Naber.

Erinnerungszeichen für in der NS-Zeit ermordete jüdische Mitbürger



Nach der Gedenkstunde im Rathaus wurden am 9. November in der Peterstraße 6 für die in der NS-Zeit ermordeten jüdischen Mitbürger Fanny und Julius Meyberg im Beisein von deren Nachfahren Erinnerungszeichen eingeweiht.

Die Oldenburger Bürgerstiftung hat seit 2021 an über 80 Standorten in Oldenburg Erinnerungszeichen aufgestellt. In Oldenburg werden statt der in vielen Städten üblichen Stolpersteine an den letzten Wohnorten jüdischer MitbürgerInnen, die in der NS-Zeit ausgegrenzt, verfolgt und ermordet worden sind, Erinnerungsstelen auf Augenhöhe aufgestellt. <https://oldenburger-buergerstiftung.de/erinnerungszeichen-erinnern-auf-augenhoehe/>

VOR ORT

Kundgebung unter dem Motto Bildung darf kein Luxus sein

Am 13.11. nahm Ulf Prange an der Kundgebung des AStA unter dem Motto "Bildung darf kein Luxus" sein auf dem Campus am Uhlhornsweg teil.

"Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten und Mieten, die vielen Studierenden zu schaffen machen, ist es besonders wichtig, dass soziale Herkunft nicht darüber entscheidet, ob jemand ein Studium beginnen oder erfolgreich abschließen kann.

Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie entscheidend Unterstützung und bezahlbare Rahmenbedingungen für den Studienerfolg sind", so Ulf Prange.

Ein großer Erfolg in der Unterstützung der Studierenden wurde damit erzielt, dass die Fraktionen von SPD und

Grünen im Landtag beschlossen haben, im Rahmen der Änderungslisten zum Landeshaushalt 5 Millionen Euro bereitzustellen, damit das Niedersachsenmenü in den Mensen wieder für 2,50 Euro angeboten werden kann. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Lebenshaltungskosten der Studierenden zu entlasten.

"Ich setze mich weiterhin dafür ein, die soziale Lage der Studierenden nachhaltig zu verbessern und die Studierendenwerke zu stärken. Im kommenden Jahr steht zudem die Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) an. Dabei wird es nicht nur um strukturelle Fragen gehen, sondern auch darum, die Hochschulen sozial gerechter, moderner und studierendenfreundlicher zu gestalten." sagt Ulf Prange.



Ehrungen für langjährige Mitglieder der SPD Eversten

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung am Freitag, dem 14. November 2025, hat der SPD-Ortsverein Eversten zahlreiche Mitglieder ausgezeichnet, die sich über viele Jahre hinweg in besonderer Weise für die Partei engagiert haben. In einem würdigen und festlichen Ambiente wurden insgesamt sieben Personen für ihre langjährige Treue und ihr Engagement geehrt.

Als Gastredner fungierte Dr. Werner Brinker. In seiner Rede ließ er seine gemeinsame politische Wegstrecken mit Dietmar Schütz und Peter Wandscher Revue passieren und ging auf aktuelle energiepolitische Herausforderungen ein.

Geehrt wurden:

Dora Frankemöller – 65 Jahre
 Dietmar Schütz – 60 Jahre
 Peter Wandscher – 50 Jahre
 Fred Mehrens – 40 Jahre
 Renate Kukla-Muth – 40 Jahre
 Petra Köchling – 40 Jahre
 Marianne Schmeichel – 10 Jahre



VOR ORT

Oldenburger Abend – Inklusion in der Schule

Am 24. November lud die Oldenburger SPD zum Oldenburger Abend in das Café Herz ein. Unter dem Titel „Inklusion in der Schule – und dann?“ diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Schule und Gesellschaft über den Stand und die Zukunft inklusiver Bildung in Oldenburg.

Im Mittelpunkt dieses Abends stand die Frage, wie Inklusion nach der Schule gelingt und welche Unterstützung junge Menschen brauchen, um ihren Weg in Ausbildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe zu finden. Zudem ging es darum, welche Herausforderungen im schulischen Alltag für die Betroffenen bestehen und wie Politik die Rahmenbedingungen diesbezüglich verbessern kann.



Bild: Matthias Probst

25 Jahre Horst-Janssen-Museum

Das Horst-Janssen-Museum feierte am 15. November, sein 25-jähriges Bestehen mit einer großen Gala. Neben Grußworten von Minister Falko Mohrs und Oberbürgermeister Jürgen Krogmann gab es u.a. eine Talkrunde, welche sich um die zurückliegenden 25 Jahre drehte.

Seit 25 Jahren zeigt das Museum die Kunst von Horst Janssen, aber auch von anderen namhaften Künstlerinnen und Künstlern. Das Horst-Janssen-Museum begreift die Zeichnung als universelles Ausdrucksmittel des Menschen und präsentiert in seinen Ausstellungen neben klassischen Holzschnitten, Radierungen, Lithografien und Aquarellen auch Fotografie, digitale Zeichnungen, Animationsfilme und andere aktuelle Strömungen der Kunst.

30 Jahre Theater Laboratorium

Am 08. November feierte das Theater Laboratorium im festlichen Rahmen drei Jahrzehnte voller Kunst, Kreativität und Begegnungen. Ein kulturelles Kleinod, das mit seinem einzigartigen Figurentheater weit über Oldenburg hinaus Menschen berührt und unterschiedliche Generationen begeistert.

Hanna Naber und Ulf Prange durften dabei sein und mit Barbara Schmitz-Lenders, Pavel Möller-Lück und ihrem Team gemeinsam ihr rundes Jubiläum feiern - 30 Jahre voller Leidenschaft, Mut und Fantasie.

KONTAKT

HANNA NABER

Huntestraße 23
26135 Oldenburg
Tel: 0441 361175-13
wahlkreisbuero@hanna-naber.de



ULF PRANGE

Huntestraße 23
26135 Oldenburg
Tel: 0441 361175-12
wahlkreisbuero@ulf-prange.de